

## Money, money, money

**W**elch riesige Rolle Geld spielt, zeigt sich dieser Tage in beeindruckend-bedenklicher Form. Beispiele gefällig? Da wäre der Schleck-Scheck, dessen moralische Last schwerer ins Gewicht fällt als die Summe selbst.

Da wäre die Banken-Branche, die, allen Durchhalteparolen zum Trotz, auch in Luxemburg vom Krisenstrudel erfasst wurde. So dass die Regierung, allen voran der Premier- und Finanzminister sowie sein Dauphin, der Budget- und Tresorminister, mit finanziell-technischen Höchstleistungen reagieren mussten. Nun sollte die Zeit gekommen sein, wo die Politik nicht nur in vorbildlicher Feuerwehrmanier reagiert, sondern agiert. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei der Tätigkeit von Aufsichts- und Verwaltungsräten sowie der Finanz- und Wirtschaftsprüfer gelten. Denn mit Blick auf die Titanic-ähnlichen Tragödien, die sich allenthalben an den Bankenplätzen abspielen, neigt man als Außenstehender zur Schlussfolgerung, dass ein Heer an Ahnungslosen über Jahre hinweg fahrlässig Zahlen geschönt und Blankoschecks ausgestellt hat.

Da wäre der Etat-Entwurf, die wichtigste Gesetzesvorlage des Jahres, die das Gestaltungsareal von Schwarz-Rot absteckt. Ein Areal, das für 2009 mit steuerlichen und sozialen Schritten markiert ist. Die angedachten Steuerermäßigungen bedeuten für den Staat Mindereinnahmen von 600 Millionen Euro. 600 Millionen Euro – das entspricht 6,5 Prozent der Haushaltsvorlage.

Trotz dieser Einschnitte sind CSV und LSAP bestrebt, auf der Ausgabenseite Akzente zu setzen. Beispiel Familienpolitik. Hier soll die Palette an Produkten ein Jahr nach dem Kinderbonus um Dienstleistungsgutscheine erweitert werden. 20 Millionen Euro wollen Staat und Gemeinden in einer ersten Etappe aufbringen. Gut angelegtes Geld, schließlich



*„Eine Chance für die Chancengleichheit.“*

MARC SCHLAMMES

profitiert der Nachwuchs – immerhin das kostbarste Gut des Großherzogtums. Anders ausgedrückt: Die Vereinbarkeit Beruf/Familie wird verbessert und die Chancengleichheit erhält eine Chance.

A propos Chancengleichheit. Hier präsentieren sich zwei praktische Probleme. Inwieweit Gemeinden und Privatanbieter gewappnet sind, ist nicht gewusst. Demnächst sollen rund 26 500 Plätze in den Maison relais verfügbar sein. Stimulieren die „chèques-services“ die Nachfrage, wird es unweigerlich zu Engpässen kommen. Engpässe infrastruktureller und finanzieller Natur, denn die baulichen Prioritäten zwischen Rümelingen und Ulflingen haben jüngst nicht unbedingt (para)schulischen Projekten gegolten. Mit der fatalen Folge, dass der Grenzverlauf zwischen Gemeinden oftmals entscheidet, ob Eltern ein angemessenes Angebot in Anspruch nehmen dürfen oder nicht.

Daran gekoppelt ist ein zweites Problem in Sachen Chancengleichheit. Nach jetzigem Stand der Dinge gehen der- bzw. diejenige(n), die die außerschulische Fürsorge in Eigenregie durchführen, leer aus. Es handelt sich hier um einen freiwilligen familienpolitischen Entschluss. Will man eine unnötige Schiefelage jedoch vermeiden, sollte sich die Möglichkeit finden, den Gegenwert der Gutscheine anzuerkennen. Dies wäre sicherlich ein sinnvoller Schritt – umso mehr als die Betreuungskapazitäten begrenzt sind. In Zeiten, wo Milliardenbeträge zur Reanimation kranker Bankhäuser mobilisiert werden, wäre es ein schlechtes Signal, aufgrund budgetärer Bedenken der Chancengleichheit keine Chance zu geben.